

# DIE KLIMAWANDEL- LANDKARTE ÖSTERREICHS

Treibende Kräfte und nächste Schritte

**Verfasst von:**

Kira Abstiens, Katharina Gangl, Sophie Karmasin, Christian Kimmich, Erich Kirchler,  
Florian Spitzer & Anna Walter

Unter Mitarbeit von Raphael Gottweis & Teresa Hübel



**KARMASIN**  
RESEARCH & IDENTITY

**KARMASIN RESEARCH & IDENTITY**

Goldschmiedgasse 10

1010 Wien

[www.karmasin-research.at](http://www.karmasin-research.at)



**Insight Austria**

**Forschungsgruppe Verhaltensökonomie**

**Institut für Höhere Studien**

Josefstädter Straße 39

1080 Wien

<https://insight-austria.ihs.ac.at>

# VORWORT

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



im Auftrag der Vereinten Nationen haben tausende Wissenschaftler\*innen die Fakten zum Klimawandel zusammengetragen. Der Befund ist, dass die globale Erderwärmung durch den Ausstoß von Treibhausgasen (z. B. CO<sub>2</sub>, Methan) menschengemacht ist (IPCC, 2014). Die Folgen für Österreich sind unter anderem extreme Wetterbedingungen (z. B. Trockenheit, Unwetter) und erhöhte gesundheitliche Risiken (z. B. hitzebedingte Todesfälle, Atemwegs- und Infektionserkrankungen; Haas et al., 2019). Die wirtschaftlichen Kosten durch klimabedingte Schäden in Österreich werden von aktuell zwei Milliarden Euro auf bis zu zwölf Milliarden Euro jährlich bis zur Mitte des Jahrhunderts ansteigen (Steininger et al., 2020). Die Erderwärmung möglichst schnell zu begrenzen, wird nach der Coronakrise international als Top-Priorität angesehen, wie auch die Beschlüsse des letzten G7-Treffens im Juni 2021 zeigen (Borger & Meier, 2021).

Auch Insight Austria leistet einen Beitrag zum Klimaschutz und hat das Thema Umwelt & Mobilität neben den Themenbereichen Beruf & Familie, Digitalisierung & Entrepreneurship sowie Kooperation & Compliance zum Schwerpunkt der Forschungsarbeit gemacht. Erfolgreich wurden verhaltensökonomische Maßnahmen zur Förderung von nachhaltiger Mobilität wie Radfahren in Kooperation mit dem Bundesministerium für Klimaschutz und dem Land Niederösterreich entwickelt. Aktuell arbeiten wir innerhalb eines FFG-finanzierten Konsortiums an der Evaluierung eines digitalen Tools für Gemeinden und Unternehmen zur Förderung nachhaltiger Mobilität. Zum Thema Müllentsorgung und -recycling wurden mehrere Maßnahmen im Rahmen von Feldexperimenten mit der Stadt Wien und der Altstoff Recycling Austria durchgeführt. Im Mai 2021 hat ein dreijähriges, durch den Jubiläumsfond der Österreichischen Nationalbank finanziertes Forschungsprojekt begonnen, in dem die Umsetzung von EU-Richtlinien zur Förderung von nachhaltigen Investitionsentscheidungen von Privatinvestor\*innen analysiert werden.

Die vorliegende Studie wurde in Kooperation mit der IHS-Abteilung Regional Science and Environmental Research durchgeführt. Dabei wurde die Methode der Stakeholder-Analyse mit der Verhaltensökonomie kombiniert, um die großen Handlungsfelder im Bereich Klimawandel systematisch darzustellen. Mit der daraus resultierenden Klimawandel-Landkarte für Österreich hat Insight Austria ein Rahmenmodell für die bisherige und zukünftige sozialwissenschaftliche Forschung erarbeitet. Damit sollen zielgerichtete und strategisch aufeinander aufbauende Forschungsprojekte forciert werden.

Die Resultate der vorliegenden Studie sind ein wichtiger Baustein, um das Handeln bzw. Nicht-Handeln beim Klimaschutz in Österreich zu verstehen. Sie helfen dabei, einen Überblick über das Zusammenspiel der wichtigsten Stakeholder\*innen zu geben und notwendige nächste Schritte abzuleiten.

Insight Austria hat die Kontakte der befragten Expert\*innen recherchiert, die Datenanalyse und Interpretation übernommen sowie die konkreten Implikationen herausgearbeitet.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!



**Dr. Katharina Gangl**

Senior Researcher bei Insight Austria



# VORWORT

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Umfragen lassen keinen Zweifel daran, dass Bürger\*innen, Unternehmen, aber auch Vertreter\*innen der Politik diese als wichtigste Themen ansehen. Immer wieder wird von allen Seiten darauf hingewiesen, dass spätestens nach der Bewältigung der Pandemie Nachhaltigkeitsfragen stark in den Fokus der politischen Agenda rücken müssen. Der Handlungsdruck auf Politik und Wirtschaft steigt: Nachhaltigkeit und Klimaschutz müssen nachweisbar und spürbar in allen Lebensbereichen verankert werden.

Warum passiert trotzdem so wenig?

Ganz im Sinne unserer Studienreihe „Mind-Behavior-Gap“ wollen wir genau dieser Frage nachgehen: Warum vertreten (fast) alle Stakeholder\*innen öffentlich die Meinung, dass Klimaschutzfragen erste Priorität haben, bleiben aber in ihren politischen oder unternehmerischen Entscheidungen und Handlungen weit hinter den eigenen Ankündigungen zurück?


Mit der Klimawandel-Landkarte wollen wir empirisch ermitteln, welche Akteur\*innen glaubwürdig Interesse an einer gesellschaftlichen Transformation haben und welche weniger. Interesse und Überzeugung sind aber nicht genug – es braucht auch die Macht, die Ressourcen und die Allianzen, um Vorhaben für den Klimaschutz umzusetzen.

Das Ergebnis der Studie: Die Klimawandel-Landkarte ist die Veranschaulichung des Gesamtsystems in Zahlen, bestehend aus den treibenden und bremsenden Kräften der in Österreich relevanten Akteur\*innen zum Thema Klimaschutz. Die Klimawandel-Landkarte zeigt systematisch auf, welche Gruppen weiterhin von der Dringlichkeit der Herausforderungen überzeugt werden müssen und welche nächsten Schritte notwendig sind.

Karmasin Research&Identity beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit der empirischen Analyse in qualitativen und quantitativen Befragungen zu Motiven, Bedürfnissen und Entscheidungsprinzipien von Menschen und Unternehmen zum Thema nachhaltiger Konsum, Mobilität und Energie. Die Erkenntnisse sind Grundlage für notwendige und wirksame Maßnahmen und Projekte im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft.

Karmasin Research&Identity lieferte bei diesem Projekt die methodische Konzeption, die Einladung der Stakeholder\*innen, die Befragung der Expert\*innen und der Bevölkerung, sowie die grafische Aufbereitung.

Ich wünsche Ihnen viel Inspiration beim Lesen,



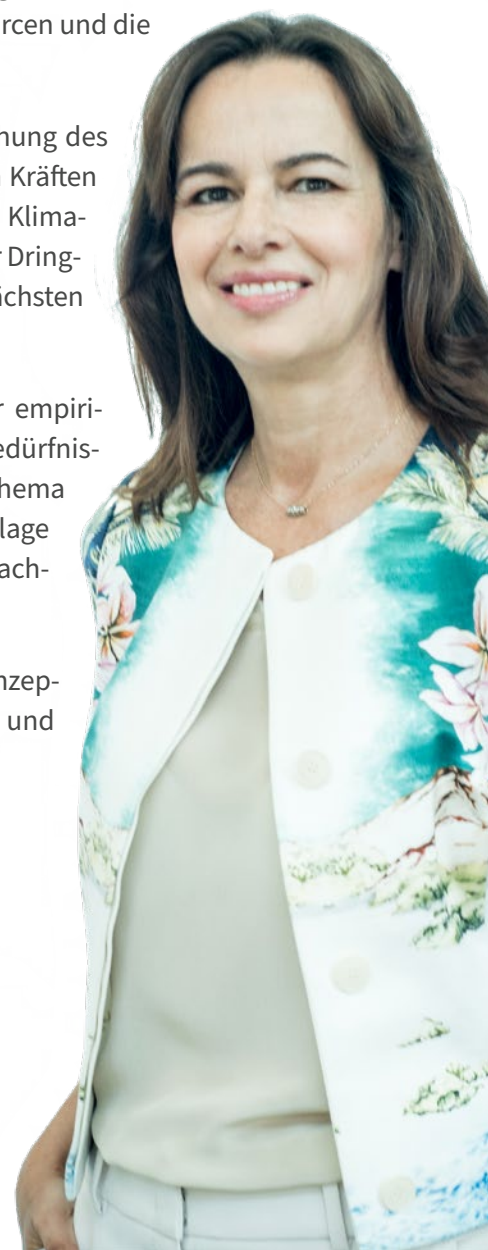
**Dr. Sophie Karmasin**

Leitungsteam Insight Austria

Geschäftsführende Gesellschafterin Karmasin Research&Identity GmbH



**KARMASIN**  
RESEARCH & IDENTITY



# INHALTSVERZEICHNIS

Was ist Verhaltensökonomie?	5
Zusammenfassung	6
Warum gerade in der Krise der richtige Zeitpunkt ist, den Klimawandel anzugehen	6
Was wir untersucht haben	8
Methodik	10
Expert*innen-Stichprobe	10
Befragung der Expert*innen	10
Bevölkerungs-Stichprobe	11
Befragung der Bevölkerung	11
Ergebnisse	12
Die größten Klimawandel-Herausforderungen aus der Sicht der Expert*innen	12
Umstieg auf öffentlichen Verkehr	12
Umstieg auf erneuerbare Energien	16
Vergleich Expert*innen und Bevölkerung	19
Warum geht es aus Sicht der Expert*innen und der Bevölkerung nur schleppend voran?	20
Implikationen	21
Referenzen	23

## WAS IST VERHALTENSÖKONOMIE?

Die Verhaltensökonomie ist eine wissenschaftliche Disziplin, deren Anwendung in der Politikgestaltung und Unternehmenssteuerung stark zunimmt. Sie basiert auf der Analyse menschlichen Verhaltens und Erlebens, mit all seinen rationalen und a-rationalen Aspekten. Mit den Methoden der Verhaltensökonomie werden Einsichten in das Alltagsverhalten gewonnen, die es erlauben, Maßnahmen abzuleiten, die traditionelle politische Maßnahmen ergänzen und diese effizienter und wirksamer machen.

Gestaltung und Umsetzung von verhaltensökonomisch fundierten Maßnahmen erfolgen üblicherweise in drei Schritten. Am Beginn steht eine präzise Definition des Ziels der Maßnahmen und der Zielgruppen. Im ersten Schritt wird der relevante Entscheidungskontext genau analysiert. Ziel dieser Analyse ist es herauszufinden,

welche Motivatoren und Hürden das aktuell beobachtete Verhalten beeinflussen. Aus welchen Gründen werden beispielsweise viele Wege mit dem Auto zurückgelegt anstatt mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Verkehr? Spielen klassische ökonomische Anreize eine Rolle oder auch die Wahrnehmung bestimmter Informationen, die soziale Identität, soziale Normen und/oder Emotionen? Menschen unterliegen einer Vielzahl von Wahrnehmungs- und Verhaltensverzerrungen, die es hierbei zu berücksichtigen gilt. Oft wird in die Entscheidungsfindung beispielsweise die Gegenwart oder der Status quo überproportional stark einbezogen, was gerade im Hinblick auf Umweltgefahren und den Umstieg auf nachhaltige Verhaltensweisen ein Problem darstellen kann. Die Verhaltensanalyse erfolgt anhand der vielfältigen Instrumente der empirischen Sozialforschung (z. B. Interviews, Umfragen ...).



Im zweiten Schritt werden, basierend auf den Erkenntnissen der Analyse, Maßnahmen entwickelt, die geeignet erscheinen, die identifizierten Hürden zu überwinden und Motivatoren für das erwünschte Verhalten zu stärken. Diese Maßnahmen können aus dem klassischen „Werkzeugkasten“ der Politikinstrumente stammen. In vielen Fällen lassen sich aber auch systematische Erkenntnisse über die Regelmäßigkeiten menschlichen Verhaltens dazu nutzen, Maßnahmen noch treffsicherer und effektiver zu gestalten. Viele verhaltensökonomische Instrumente, wie Voreinstellungen („Defaults“), die verständliche Darstellung von Informationen oder der Verweis auf soziale Normen sind in der Praxis erprobt und haben sich als geeignet erwiesen, Verhalten in verschiedensten Politikfeldern – besonders auch im Hinblick auf nachhaltige Verhaltensweisen – zu steuern. Gerade Defaults stellen ein sehr wirkmächtiges Interventionsinstrument dar, da die Mehrzahl der Menschen dazu tendiert, eine getroffene Voreinstellung beizubehalten und diese nicht zu verändern. Durch den Einsatz von Defaults können so Lenkungsziele erreicht werden, ohne dabei die individuelle Wahlfreiheit einzuschränken.

Der dritte Schritt besteht in der Überprüfung der ent-

wickelten Maßnahmen. Nur durch eine empirische Evaluation der Wirksamkeit kann sichergestellt werden, dass die entwickelten Maßnahmen auch tatsächlich den gewünschten Effekt erzielen und letztlich die effizientesten Maßnahmen großflächig ausgerollt werden. Idealerweise erfolgt diese Evaluation in Feldexperimenten beziehungsweise randomisiert-kontrollierten Studien. Diese ermöglichen durch eine randomisierte Zuteilung von Versuchspersonen zu einer oder mehreren Versuchsgruppen (die mit einer erfolgversprechenden Maßnahme konfrontiert werden) und zu einer Kontrollgruppe (die nicht mit der Maßnahme konfrontiert wird bzw. ein Placebo erhält) eine empirisch fundierte Aussage über die Wirksamkeit der Maßnahme.

Um den Klimawandel erfolgreich zu adressieren, sind eine Vielzahl an Verhaltensänderungen auf individueller und auch auf kollektiver Ebene nötig. Die vorliegende Arbeit leistet einen Beitrag, indem für den Klimaschutz relevante Zielgruppen und Verhaltensweisen identifiziert werden, die dann – unter Berücksichtigung ethischer Standards und nach Regeln der guten wissenschaftlichen Praxis – mit dem beschriebenen verhaltensökonomischen Ansatz adressiert und bearbeitet werden können.

## ZUSAMMENFASSUNG

Ziel dieser Studie ist es, auf Basis einer Stakeholder-Analyse eine Landkarte zum Klimawandel zu erstellen, um relevante Zielgruppen für verhaltensökonomische Maßnahmen zu identifizieren. Diese Analyse wird exemplarisch für die Förderung des öffentlichen Verkehrs und der erneuerbaren Energien durchgeführt. Für die Erstellung der Landkarte wurden **89 Expert\*innen gebeten**, Akteur\*innen bezüglich ihrer **Macht und ihres Interesses am Thema einzuschätzen**. Zusätzlich gaben die Expert\*innen an, was diese Akteur\*innen konkret tun müssten, um den öffentlichen Verkehr bzw. die erneuerbaren Energien zu fördern (Handlungsempfehlungen) und was die größten Barrieren für mehr Klimaschutz in Österreich sind. Die Expert\*innen-Angaben wurden weiters mit einer Bevölkerungsbefragung (N = 1000) abgeglichen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Expert\*innen die **EU und das Umweltministerium (BMK) als die Interessierten mit Macht ansehen** – das heißt, sowohl das Interesse als auch die Macht, etwas umzusetzen, sind vorhanden. **Finanzministerium (BMF) und Bundeskanzleramt (BKA) werden als Zweifelnde mit Macht eingeschätzt, Landespolitik und die Medien als neutral und mächtig**. Während die **Auto- und Ölkonzerne als Bremsende mit viel Macht** wahrgenommen werden, wird die **FPÖ als bremsend mit wenig Macht** angesehen. Die Naturschutzverbände zählen zu den **Interessierten mit wenig Macht** und der **Gemeindebund zu den Neutralen** mit durchschnittlich viel Macht.

Insgesamt wird zwischen den Parteien und den Akteur\*innen kein einheitliches Interesse gesehen bzw.

sogar eine **Polarisierung**. Obwohl sowohl die Expert\*innen als auch die Bevölkerung **fehlenden politischen Willen** oder das fehlende Erkennen des Ernstes der Lage als **wichtige Barrieren** für mehr Klimaschutz ansehen, betreffen die meisten Handlungsempfehlungen klassische Instrumente (Geld, Gesetze) und **nur zu einem geringen Anteil verhaltensökonomische Maßnahmen** (Kommunikation, Verhaltensänderung).

Um beim Klimaschutz etwas voranzubringen, müssen die Interessierten mit Macht (also EU und BMK) nicht nur an klassischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels arbeiten, sondern auch daran, **die Bevölkerung und insbesondere die Zweifelnden mit Macht vom Thema zu überzeugen**. Wie kann das gelingen? Da das Thema aktuell (noch) spaltet, kann **eine faktenbasierte Kommunikation** am ehesten zu einer einheitlichen Meinung und damit zu tatsächlichem Handeln beitragen. Zusätzlich braucht es **mächtige neutrale Moderator\*innen (Landespolitik, Medien)**, die die faktenbasierte Kommunikation über den Klimaschutz forcieren. Auch könnten die Interessierten mit wenig Macht (Naturschutzverbände oder Wissenschaftsinstitutionen) besser vernetzt und damit mächtiger werden und den Auftrag bekommen, strategisch und gezielt Kommunikationsarbeit zu leisten. Der Bericht endet mit verhaltensökonomischen Empfehlungen, wie eine zielgruppenspezifische und faktenbasierte Kommunikation entwickelt und implementiert werden könnte.

## WARUM GERADE IN DER KRISE DER RICHTIGE ZEITPUNKT IST, DEN KLIMAWANDEL ANZUGEHEN

Am Anfang der Corona-Lockdowns bestand noch die Hoffnung, dass sich mit dem erzwungenen Stillstand des öffentlichen Lebens die Chancen für das Klima verbessern könnten: Der Feinstaubanteil in Chinas Städten sank um 20 bis 30 Prozent (Zambrano-Monserrate et al., 2020), Fischschwärme ließen sich in Venedigs Lagunen

blicken und Hirsche warteten vor einem verschlossenen Einkaufszentrum in Parndorf (ORF, 2020).

Aber: trotz Coronakrise und wiederholtem Lockdown ist es zu keiner nennenswerten Reduktion der Treibhausgase gekommen (BMK, 2020). Das Jahr 2020 war zu-



Foto: Shutterstock

dem mit einer Temperaturabweichung von  $+2,0\text{ }^{\circ}\text{C}$  zum Bezugszeitraum 1961–1990 in Österreich das fünftwärmste Jahr der 253-jährigen Messgeschichte (ZAMG, 2021). Für die nahe Zukunft gehen Klimaszenarien für Österreich von einem weiteren Temperaturanstieg aus und damit einhergehend von extremen Dürreperioden und zunehmenden Unwettern (Haas et al., 2019).

Der fortschreitende Klimawandel stellt zweifellos ein wichtiges Zukunftsthema dar und geht uns alle an – als Individuen, Gesellschaft, Eltern, aber auch als Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen oder staatliche Akteur\*innen. Nicht zuletzt ist es ein erklärtes politisches Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf  $1,5\text{ }^{\circ}\text{C}$  zu begrenzen.

Wer fragt, warum nicht mehr getan wird, um die drohende Katastrophe abzuwenden, landet schnell bei der Frage: Wer muss und kann konkret welche Schritte setzen?

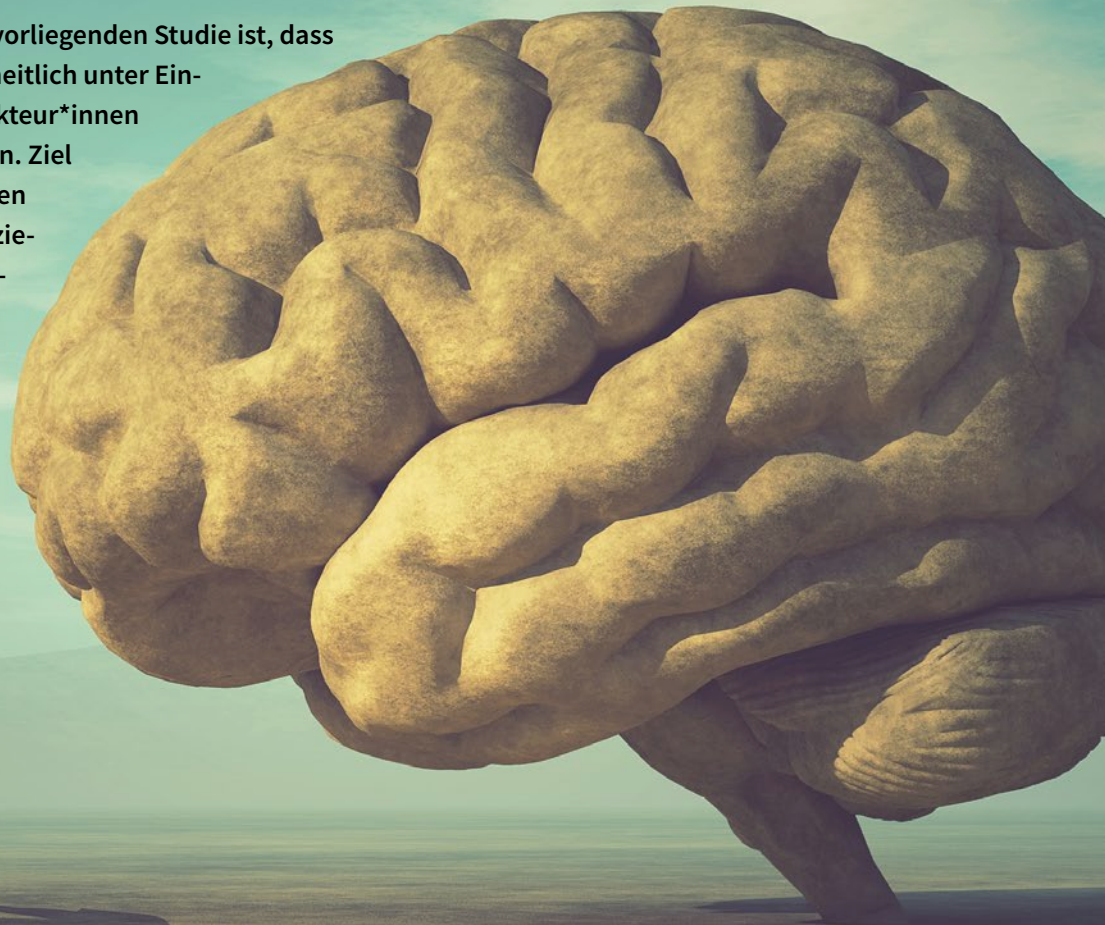
Jetzt sind Optimismus und Taten notwendig. Aus der verhaltenswissenschaftlichen Forschung ist bekannt, dass Krisenzeiten sich anbieten, um Verhaltensgewohnheiten zu durchbrechen und nachhaltig neue zu erlernen (Ogden & Hills, 2008). Die Coronakrise bietet also eine optimale Gelegenheit, um den Klimawandel zielstrebig anzugehen – aus der einen Krise für die nächste lernen. Corona hat uns gezeigt, dass komplexe Lösungen wie die Impfung auch kurzfristig entwickelt

werden können, wenn nur der politische Wille und damit das notwendige Geld vorhanden sind. Die Coronakrise hat uns auch gezeigt, dass jahrzehntelange Dogmen, wie die Anwesenheitspflicht im Büro, einfach über Bord geworfen werden können und dass Neues – wie z. B. flächendeckendes Home-Office – besser funktionieren kann als gedacht (Bock-Schappelwein et al., 2020). Schließlich hat uns die Coronakrise verdeutlicht, wie wichtig Verantwortung für den Nächsten ist, und dass wir nur gemeinsam Krisen bewältigen können.

Die Klimakrise hat voraussichtlich noch weitreichendere Folgen als die Coronakrise. Um die Klimakrise zu bewältigen, braucht es erneut und noch viel stärker ein Zusammenspiel aller Akteur\*innen. Dazu möchten wir mit der vorliegenden Studie einen Beitrag leisten und eine Landkarte der wesentlichen Akteur\*innen und ihrer nächsten zu setzenden Schritte präsentieren.

# WAS WIR UNTERSUCHT HABEN

Der Ausgangspunkt der vorliegenden Studie ist, dass die Klimakrise nur ganzheitlich unter Einbezug aller beteiligten Akteur\*innen angegangen werden kann. Ziel ist es daher, die relevanten Akteur\*innen zu identifizieren und aus dieser Vogelperspektive heraus die wichtigsten nächsten Schritte darzulegen.



Es soll also eine Orientierungshilfe für Entscheidungsträger\*innen genauso wie für Wissenschaftler\*innen entwickelt werden, bei der wie auf einer Checkliste analysiert wird, welche Akteur\*innen welche Verhaltensschritte setzen sollten. Um diese Analyse durchzuführen, wird der verhaltensökonomische Ansatz mit der Methode der Stakeholder-Analyse (Bryson, 2004) verknüpft.



In der Stakeholder-Analyse werden in einem partizipativen Prozess relevante Akteur\*innen identifiziert, die in die Lösungsfindung miteinbezogen werden sollten. Diese Stakeholder\*innen werden nach Interesse und Macht (= Einflussmöglichkeit) kategorisiert und auf dieser Basis in einer Interesse-Macht-Matrix dargestellt. Diese Matrix erlaubt die Analyse der Beziehung der Stakeholder\*innen untereinander sowie die Ableitung der nötigen Schritte zur erfolgreichen Bewältigung einer Aufgabe (Reed et al., 2009). Dabei werden die Akteur\*innen in verschiedene Kategorien unterteilt:

- Akteur\*innen mit viel Interesse und viel Macht: **Interessierte mit Macht** („key players“)
- Akteur\*innen mit wenig Interesse und viel Macht: **Zweifelnde** oder **Bremsende mit Macht** („context setters“)
- Akteur\*innen mit viel oder wenig Interesse und wenig Macht: **Interessierte mit wenig Macht** oder **Bremsende mit wenig Macht** („subjects“)
- Akteur\*innen mit wenig Interesse und wenig Macht: **Neutrale** („crowd“)

Während die Interessierten mit Macht öffentlich gestärkt werden sollten, müssen die Zweifelnden und Bremsenden mit Macht strategisch in die Lösung von Aufgaben einbezogen werden, weil sie potenziell wichtig für die Zielerreichung sind. Interessierte mit wenig Macht haben viel Interesse, aber keinen Einfluss – sie können aber potenziell einflussreich werden, wenn sie kooperieren und Allianzen bilden. Die Neutralen sind jene Akteur\*innen, die aktuell eher passiv und indifferent sind, weil sie weder besonders viel Interesse noch besonders viel Macht haben – sie sind zwar nicht prioritär wichtig (Reed et al., 2009), können aber aufgrund ihrer Masse die treibenden Kräfte und insbesondere die Interessierten mit Macht stärken oder schwächen.

Sind auf Basis der Stakeholder-Analyse die relevanten Akteur\*innen bekannt, kann in einem nächsten Schritt eine verhaltenswissenschaftliche Analyse (wie im Abschnitt „Was ist Verhaltensökonomie“ beschrieben) durchgeführt werden. Welche Verhaltensweisen sind für die jeweiligen Akteur\*innen erwünscht und was sind relevante Motivatoren und Barrieren?

# METHODIK

## EXPERT\*INNEN-STICHPROBE

In einer Online-Befragung wurden 89 Expert\*innen aus dem Bereich der beiden Themenschwerpunkte „klimafreundliche Mobilität“ und „erneuerbare Energien“ befragt (Männer: 60,7 Prozent, Frauen: 36,0 Prozent, Divers: 1,1 Prozent, Keine Angabe: 2,2 Prozent; Altersdurchschnitt: 47,70 Jahre, SD = 10,75). Die meisten Teilnehmer\*innen sind in der Wissenschaft (23,6 Prozent) und in Unternehmen (21,3 Prozent) tätig, außerdem in Behörden (16,9 Prozent), öffentlichen Einrichtungen (15,7 Prozent) und NGOs (11,2 Prozent; Andere: 10,1 Prozent, keine Angabe: 1,1 Prozent). Die Teilnehmenden schätzten ihre eigene Expertise auf einer Skala (von 1 = sehr große Expertise bis 5 = keine Expertise) in den Bereichen „klimafreundliche Mobilität“ (M = 2,16; SD = 0,82) und „erneuerbare Energien“ (M = 2,28; SD = 0,99) hoch ein.

Die Expert\*innen wurden durch Internetrecherche, persönliche Netzwerke und über ein Schneeball-System kontaktiert und umfassen 362 Expert\*innen aus verschiedensten Bereichen. Dazu zählen beispielsweise Mitarbeiter\*innen österreichischer Universitäten, NGOs (Greenpeace ...), relevanter Abteilungen der verschiedenen Bundesministerien sowie der Länder, aber auch

wirtschaftlicher Unternehmen (Baufirmen ...). Die Expert\*innen wurden in einem persönlichen E-Mail gebeten, an der Befragung teilzunehmen. Um eine möglichst hohe Teilnahmerate zu erreichen, wurde teilweise nach dem E-Mail-Versand auch telefonisch nachgefragt.

## BEFRAGUNG DER EXPERT\*INNEN

Die Online-Befragung wurde zwischen April und Mai 2021 durchgeführt und bestand aus fünf Teilen, mit offenen und geschlossenen Fragen. Im ersten Teil wurden die Expert\*innen in einer offenen Einstiegsfrage gebeten, die aus ihrer Sicht wichtigste Herausforderung im Zusammenhang mit dem Klimawandel in Österreich zu nennen („Was ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Herausforderung, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel in Österreich gelöst werden muss?“). Im zweiten und dritten Teil wurde das Interesse und die Macht von Akteur\*innen auf unterschiedlichen Ebenen hinsichtlich zweier Themen erhoben: des **Umstiegs auf den öffentlichen Verkehr** (40 Akteur\*innen) und des **Umstiegs auf erneuerbare Energien** (42 Akteur\*innen).

### Das Interesse und die Macht wurden mit jeweils einer Frage erfasst:

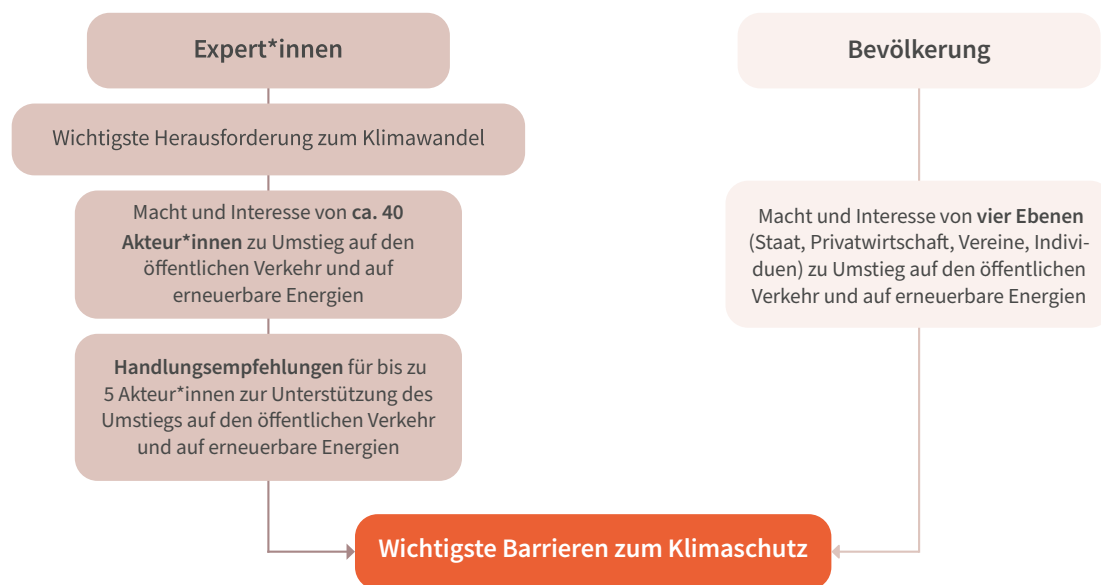
„Wie groß ist das Interesse der jeweiligen Personengruppen, dass mehr Menschen vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen oder im Gegenteil, dass der Status quo beibehalten wird?“ (sehr großes Interesse am Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, großes Interesse am Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, unentschlossen, großes Interesse, den Status quo aufrechtzuerhalten, sehr großes Interesse, den Status quo aufrechtzuerhalten).

„Wie viel Macht bzw. Einfluss besitzen die jeweiligen Personengruppen, um zu erreichen oder auch zu verhindern, dass mehr Menschen vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen?“ (sehr viel Macht, viel Macht, durchschnittlich viel Macht, wenig Macht, keine Macht).

### Interesse und Einfluss wurde für Akteur\*innen auf vier verschiedenen Ebenen erfragt:

- **Staatliche Ebene:** z. B. EU, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Bundesministerium für Finanzen
- **Privatwirtschaftliche Ebene:** z. B. Medien, Unternehmen, Investoren (Institutionen, privat)
- **Vereins- und Verbandsebene:** Naturschutzverbände, VCÖ, ÖAMTC
- **Individuelle Ebene:** z. B. Konsument\*innen bzw. Tourist\*innen, Bürgerinitiativen, Eltern
- Zusätzlich konnten die Expert\*innen in einer offenen Antwort eigene zusätzliche Akteur\*innen nennen

Im vierten Teil konnten die Expert\*innen bis zu fünf Akteur\*innen auswählen, für die sie in einer offenen Antwort darstellen konnten, was die jeweiligen Akteur\*innen konkret tun müssten, um den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr bzw. den Umstieg auf erneuerbare Energien zu unterstützen. Im fünften Teil wurden die Befragten mittels Mehrfachauswahl gebeten, die wichtigsten Barrieren aus 15 Möglichkeiten auszuwählen (z. B. Geld fehlt, der politische Wille fehlt), die dafür verantwortlich sind, dass es in Österreich beim Klimaschutz nur zögerlich vorangeht.



Flowchart der Befragung von Expert\*innen und Bevölkerung

## BEVÖLKERUNGS-STICHPROBE

Die Stichprobe der Bevölkerung bestand aus **1.000 Personen**, die bezogen auf Alter (16–29 Jahre: 23,2 Prozent; 30–49 Jahre: 34,7 Prozent, 50–75 Jahre: 42,1 Prozent), Geschlecht (Männer: 50,3 Prozent, Frauen: 49,7 Prozent) und höchsten Bildungsabschluss (Volks-/Hauptschule: 8,5 Prozent, Berufs-/Fachschule: 63,0 Prozent, Matura: 17,3 Prozent, FH/Universität: 10,6 Prozent, Sonstiges: 0,6 Prozent) repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ist.

## BEFRAGUNG DER BEVÖLKERUNG

Die Online-Befragung wurde im April 2021 durchgeführt und bestand aus drei Teilen. In den ersten beiden

Teilen wurden die Befragten gebeten, bezogen auf die Themen **Umstieg auf den öffentlichen Verkehr und erneuerbare Energien** das Interesse und die Macht für Gruppen von Akteur\*innen anzugeben, konkret für die vier übergeordneten Ebenen: staatliche Akteur\*innen (EU, Ministerien, Parteien, Kammern, Länder etc.), privatwirtschaftliche Ebene (Medien, Unternehmen, Investoren etc.); Vereine und Lobbyisten (ÖAMTC, Verband der Ölwirtschaft, WWF etc.), individuelle Ebene (Konsument\*innen, Lehrer\*innen etc.). Der letzte Teil bestand aus der Frage nach den wichtigsten Barrieren, die mit der entsprechenden Frage an die Expert\*innen ident war.

# ERGEBNISSE

## DIE GRÖSSTEN KLIMAWANDEL-HERAUSFORDERUNGEN AUS DER SICHT DER EXPERT\*INNEN

Die Fokussierung der vorliegenden Studie auf die beiden Themen Mobilität und Energie wurde in der Befragung von den Expert\*innen bestätigt: Von den 228 Herausforderungen, die von den Expert\*innen im Zusammenhang mit dem Klimawandel genannt wurden, waren die drei größten Themenbereiche **Mobilität** mit 26 Prozent der genannten Herausforderungen (Transportwesen, öffentlicher Verkehr, Elektro- und Personenmobilität), **Energie** mit 23 Prozent (Energieeinsparungen, Umstieg auf erneuerbare Energie und Ausstieg aus fossiler Energie) und das **politische Handeln** mit 23 Prozent (Finanz- und Steuerpolitik, z. B. CO2-Steuer). Weiters wurde das gesellschaftliche Handeln mit 13 Prozent (bewusster Konsum), die Flächeninanspruchnahme mit 11 Prozent (Bodenerhalt und nachhaltige Bauweise) sowie restliche Herausforderungen mit 4 Prozent (regionale Produktion und Biodiversität) hervorgehoben.

## UMSTIEG AUF ÖFFENTLICHEN VERKEHR

AKTEUR*IN	INTERESSE	MACHT
<b>Staatliche Ebene</b>		
EU	3,96	3,89
Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie	4,47	3,74
Finanzministerium	2,45	4,34
Wirtschaftsministerium	2,20	3,74
Bundeskanzleramt	2,53	4,09
Umweltbundesamt	4,51	2,26
Landeshauptleute bzw. Landesrät*innen	2,98	4,08
Bürgermeister*innen bzw. Gemeinderat	2,99	3,44
ÖVP	2,31	4,16
Die Grünen	4,67	3,19
NEOS	3,37	2,18
SPÖ	3,22	2,63
FPÖ	1,60	2,28
Klima- und Energiefonds	4,39	2,26
Energieagentur	3,97	2,16
Wissenschaft, Forschungseinrichtungen (Unis, IST, WIFO, IHS etc.)	4,16	2,28
Arbeiterkammer bzw. Gewerkschaft	3,02	3,16
Wirtschaftskammer	2,00	3,71
Gemeindebund	2,82	2,99
Industriellenvereinigung	2,07	3,58
E-Control	3,24	2,36
Lokale Mobilitätsanbieter (Wiener Linien, Steiermärkische Landesbahnen)	4,61	3,25
ÖBB	4,67	3,46
<b>Privatwirtschaftliche Ebene</b>		
Medien	3,06	3,89
Unternehmen	2,85	3,66
Investoren (Institutionen, Privat)	2,98	3,44
Leihwagenfirmen	2,52	2,35
Autohändler*innen	1,33	2,82
Autoproduzenten bzw. Zuliefererindustrie	1,38	3,35
Einzelhandel	2,56	2,63
<b>Vereins- und Verbandsebene</b>		
Naturschutzverbände	4,46	2,07
VCÖ	4,49	2,25
ÖAMTC bzw. ARBÖ	2,11	3,19
Bundesverband Elektromobilität Österreich (BEO)	3,27	2,28
Verband der Automobilimporteure	1,46	2,96
Autosportvereine	1,53	1,89
<b>Individuelle Ebene</b>		
Konsument*innen bzw. Tourist*innen	3,03	3,40
Bürgerinitiativen	3,64	2,54
Eltern	3,25	2,66
Lehrer*innen	3,25	2,51

sehr großes  
Interesse  
am Umstieg

großes  
Interesse  
am Umstieg

unentschlossen

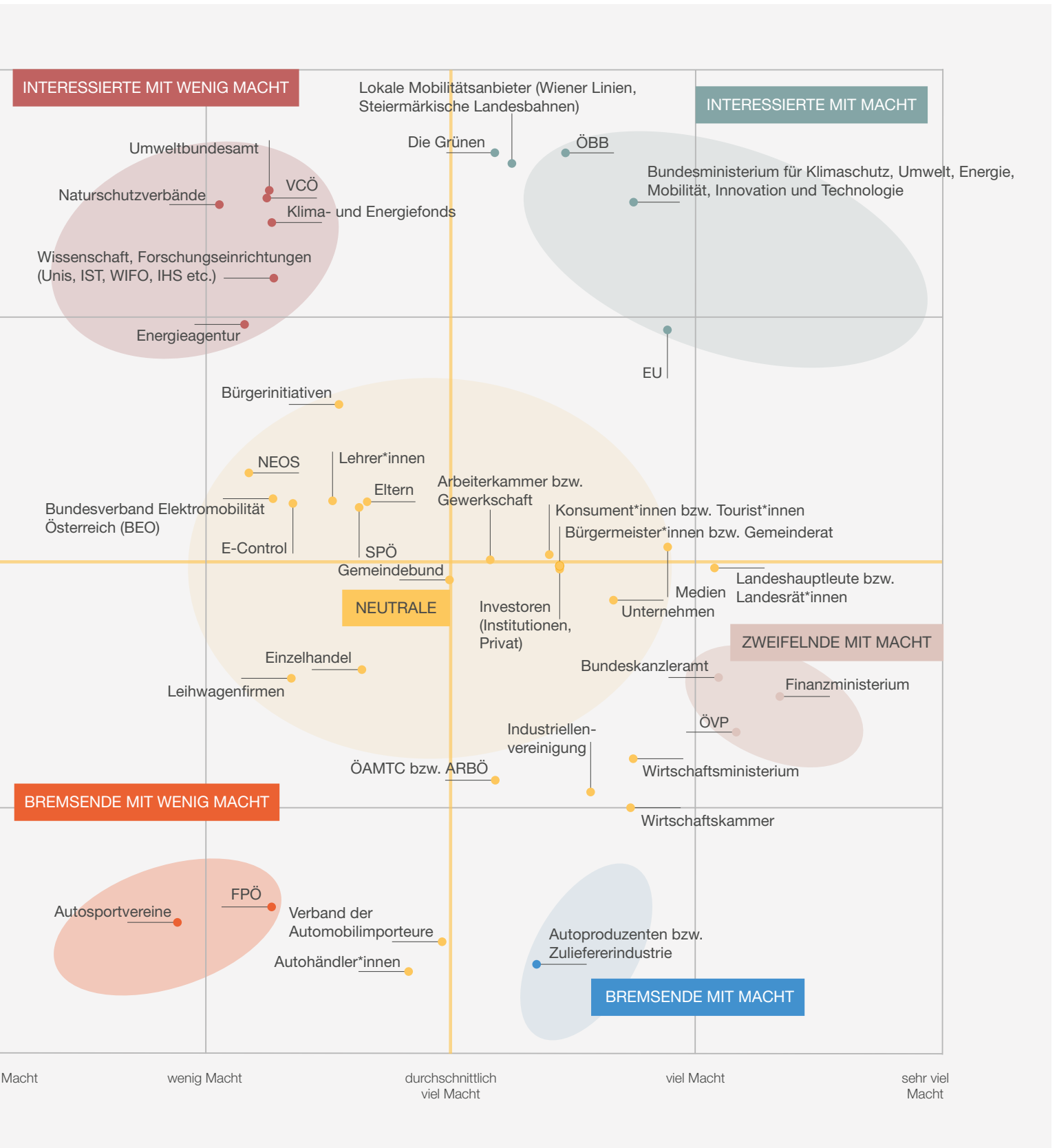
großes  
Interesse  
am Status quo

sehr großes  
Interesse  
am Status quo

keine

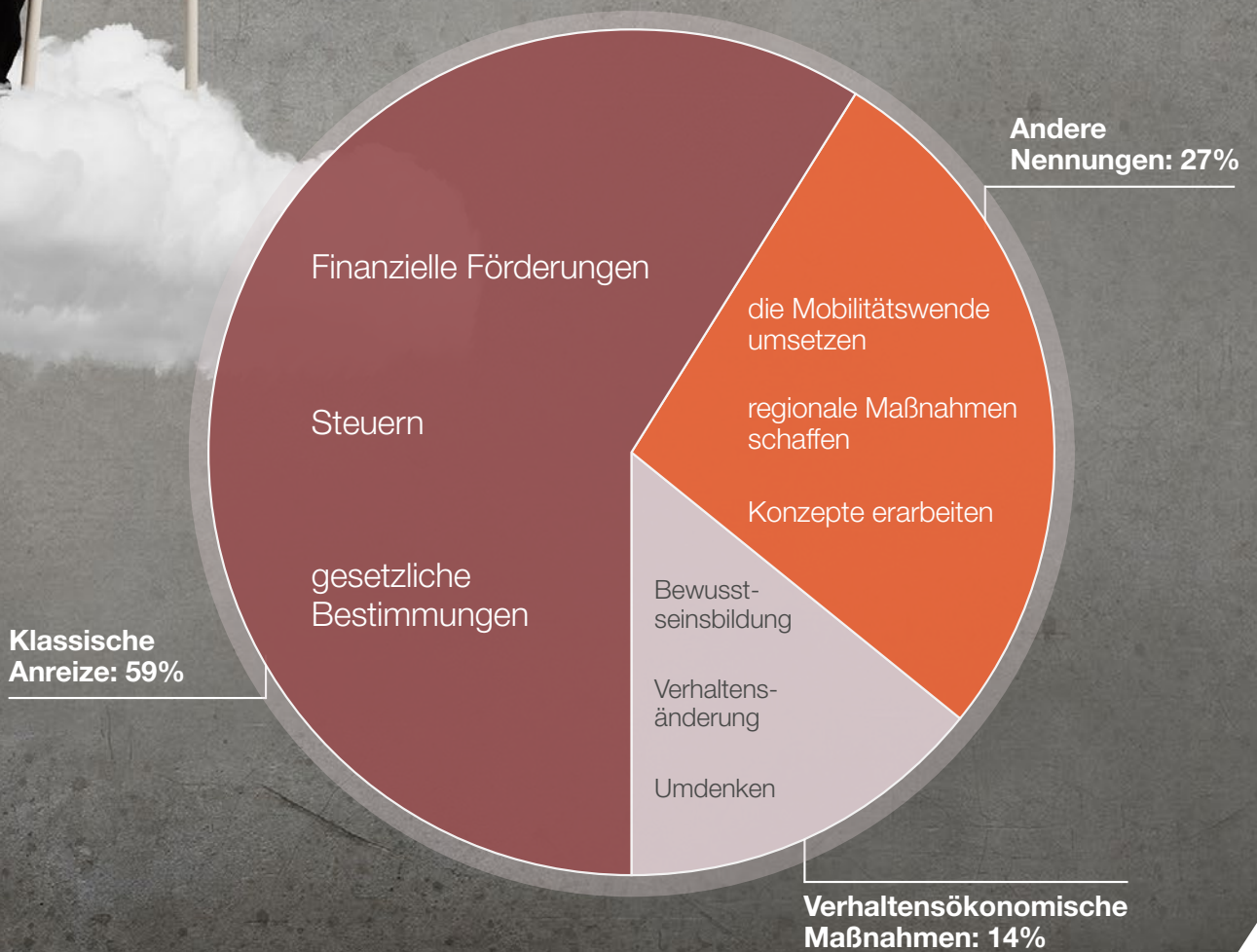
**Skala Interesse:** 5 = sehr großes Interesse am Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, 4 = großes Interesse am Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, 3 = unentschlossen, 2 = großes Interesse den Status quo aufrechtzuerhalten, 1 = sehr großes Interesse den Status quo aufrechtzuerhalten

**Skala Macht:** 5 = sehr viel Macht, 4 = viel Macht, 3 = durchschnittlich viel Macht, 2 = wenig Macht, 1 = keine Macht



**Erklärung:** Das Koordinatensystem stellt die durchschnittlichen Antworten der Expert\*innen (Mittelwerte pro Akteur\*in) zu Interesse (y-Achse) und Macht (x-Achse) bezogen auf den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr dar. Beispielsweise zeigt die Grafik, dass Autosportvereine viel Interesse am Status quo haben, also den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr ablehnen, gleichzeitig aber eher wenig Einfluss auf das Thema haben. Sie zählen damit zu den Bremsenden mit wenig Macht, während Autoproduzenten mit deutlich mehr Macht zu den Bremsenden mit Macht zählen.

# EMPFEHLUNGEN ZUR FÖRDERUNG DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS



Die Ergebnisse aus der Abbildung zeigen, dass staatliche Akteur\*innen, nämlich die Europäische Union (EU), das Bundesministerium für Klimaschutz (BMK) und die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) zu den Interessierten mit Macht gezählt werden, während die **Autoproduzenten** zu den Bremsenden mit Macht zählen. Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) und die ÖVP werden als Zweifelnde mit Macht angesehen – sie sind die mächtigsten Akteur\*innen, aber aus Sicht der befragten Expert\*innen nicht sehr am Umstieg auf öffentlichen Verkehr interessiert. Interessant ist die Position der **Landeshauptleute/rät\*innen** und **Medien**: sie zählen zu den mächtigsten Akteur\*innen im Land, sind aber neutral bzw. indifferent, was auch auf eine Differenzierung innerhalb der Gruppe hindeuten kann. Akteur\*innen der staatlichen Ebene und der Vereins- und Verbands-ebene wie **Naturschutzverbände** sowie der **Klima- und Energiefonds** werden als Interessierte mit wenig Macht (viel Interesse am Umstieg, aber wenig Macht) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) als Bremsende mit wenig Macht (viel Interesse am Status quo, aber wenig Macht) identifiziert. Zu den Neutralen gehören die **Arbeitskammer**, die **Gewerkschaft** und der **Gemeindebund**.

Die Expert\*innen nannten für alle Akteur\*innen insgesamt **379 Handlungsempfehlungen**, um den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu unterstützen. Die meisten Empfehlungen bekamen die **Zweifelnden mit Macht**, insbesondere das **BMF** (67 Prozent der Expert\*innen gaben eine Empfehlung ab): Einführung der ökosozialen Steuerreform (z. B. CO<sub>2</sub>-Steuer), gezielte Förderungen und Subventionen (z. B. Verringerung klimaschädlicher Subventionen) und eine Schlechterstellung des Individualverkehrs (z. B. Pendlerpauschale). Auch für die **Neutralen mit Macht**, die **Landeshauptleute/rät\*innen** (48 Prozent der Expert\*innen), gab es sehr viele Empfehlungen: finanzielle Förderung des Nahverkehrs (z. B. Förderung des 1-2-3-Tickets) und Gesetzesänderungen (z. B. Bauordnung novellieren). Zu den **Medien** geben 17 Prozent der Expert\*innen Empfehlungen ab, die vor allem die Wichtigkeit einer positiven sowie objektiven Berichterstattung zum öffentlichen Verkehr betreffen.

Auch die **Interessierten mit Macht** erhielten eine Reihe von Handlungsempfehlungen, allen voran das **BMK** (46 Prozent der Expert\*innen): vermehrte Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, rechtliche Maßnahmen setzen (z. B. Verbot von Verbrennungsmotoren). Auch für die EU gaben viele Expert\*innen (44 Prozent) Empfehlungen ab, insbesondere zu finanziellen Maßnahmen (z. B. Förderung transnationaler Infrastruktur) und strengeren Vorgaben (z. B. Strafzahlungen einführen). Für die **Interessierten mit wenig Macht** gab es kaum Nennungen, am meisten (3 Prozent der Expert\*innen) wurden Empfehlungen zum **Klima- und Energiefonds** genannt, welche eine effizientere Förderung des öffentlichen Verkehrs betreffen.

Bei den **Bremsenden mit Macht** gab es die meisten Handlungsempfehlungen für das **Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort** (12 Prozent der Expert\*innen): Förderungen des öffentlichen Verkehrs ausbauen; für die **Wirtschaftskammer** (11 Prozent der Expert\*innen): Betriebe beim Umstieg auf eine klimaneutrale Zukunft unterstützen. Zu den **Bremsenden mit wenig Macht** gab es keine Empfehlungen.

Bei den **Neutralen** gab es die meisten Empfehlungen für die **Bürgermeister\*innen** bzw. den **Gemeinderat** (24 Prozent der Expert\*innen): Rahmenbedingungen zu Gesetzen (z. B. Stopp der Zersiedelung durch Baugenehmigungen, Parkraumänderungen, lokale Mobilitätskonzepte) und Förderung des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs. Gefolgt von Empfehlungen für **Konsument\*innen** bzw. **Tourist\*innen** (15 Prozent der Expert\*innen): Höhere Nutzung des öffentlichen Verkehrs, sowie für **Eltern** (12 Prozent der Expert\*innen): Vorbildwirkung in Bezug auf klimafreundliches Verhalten.

Wie in der Abbildung dargestellt, betrafen die Empfehlungen vor allem **klassische Anreize (59 Prozent)** und nur selten **verhaltensökonomische Maßnahmen (14 Prozent)**; alle anderen Nennungen (27 Prozent) waren zu unspezifisch, um eine Zuordnung zu erlauben.

## UMSTIEG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN

AKTEUR*IN	INTERESSE	MACHT
<b>Staatliche Ebene</b>		
EU	4,30	4,21
Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie	4,70	3,94
Finanzministerium	2,81	4,38
Wirtschaftsministerium	2,74	3,98
Bundeskanzleramt	2,81	4,20
Umweltbundesamt	4,51	2,34
Landeshauptleute bzw. Landesrät*innen	3,22	4,01
Bürgermeister*innen bzw. Gemeinderat	3,21	3,38
ÖVP	2,61	4,26
Die Grünen	4,71	3,29
NEOS	3,56	2,26
SPÖ	3,29	2,69
FPÖ	1,92	2,38
Klima- und Energiefonds	4,66	2,48
Energieagentur	4,30	2,39
Wissenschaft, Forschungseinrichtungen (Unis, IST, WIFO, IHS etc.)	4,34	2,43
Arbeiterkammer bzw. Gewerkschaft	3,11	3,00
Wirtschaftskammer	2,31	3,74
Gemeindebund	2,97	3,00
Industriellenvereinigung	2,40	3,80
E-Control	3,62	2,80
Stromnetzbetreiber	3,09	3,46
<b>Privatwirtschaftliche Ebene</b>		
Medien	3,39	3,78
Unternehmen	3,13	3,61
Investoren (Institutionen, Privat)	3,61	3,92
Private Energieberatungen	4,26	2,53
Strom- bzw. Gaslieferanten	2,66	3,85
Branchenvertretung der erneuerbaren Energien (bspw. IG Windkraft)	4,87	2,88
Agrarindustrie bzw. Landwirtschaft, die Flächen zur Verfügung stellen	3,46	3,44
Energieintensive Industrien (Stahlproduktion, Batterieherstellung ...)	2,79	3,88
Betreiber von Kraftwerken zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Wind, Sonne, Wasser)	4,75	3,15
Produzenten der Energieanlagen (Fotovoltaik-, Windröderproduzenten ...)	4,89	2,90
Mineralölfirmen (OMV, Shell etc.)	1,72	3,99
<b>Vereins- und Verbandsebene</b>		
Naturschutzverbände	4,06	2,51
Energiegemeinschaften, Bürgerwindparks	4,79	2,52
Biomasseverband, Pro-Pellets-Verband	4,57	2,64
Verband der Ölwirtschaft	1,45	3,61
Bundesverband Elektromobilität Österreich (BEO)	4,15	2,48
<b>Individuelle Ebene</b>		
Konsument*innen bzw. Tourist*innen	3,56	3,19
Bürgerinitiativen	3,71	2,90
Eltern	3,54	2,51
Lehrer*innen	3,49	2,54

**Skala Interesse:** 5 = sehr großes Interesse an mehr erneuerbarer Energie, 4 = großes Interesse an mehr erneuerbarer Energie, 3 = unentschlossen, 2 = großes Interesse den Status quo aufrechtzuerhalten, 1 = sehr großes Interesse den Status quo aufrechtzuerhalten

**Skala Macht:** 5 = sehr viel Macht, 4 = viel Macht, 3 = durchschnittlich viel Macht, 2 = wenig Macht, 1 = keine Macht

sehr großes  
Interesse  
am Umstieg

großes  
Interesse  
am Umstieg

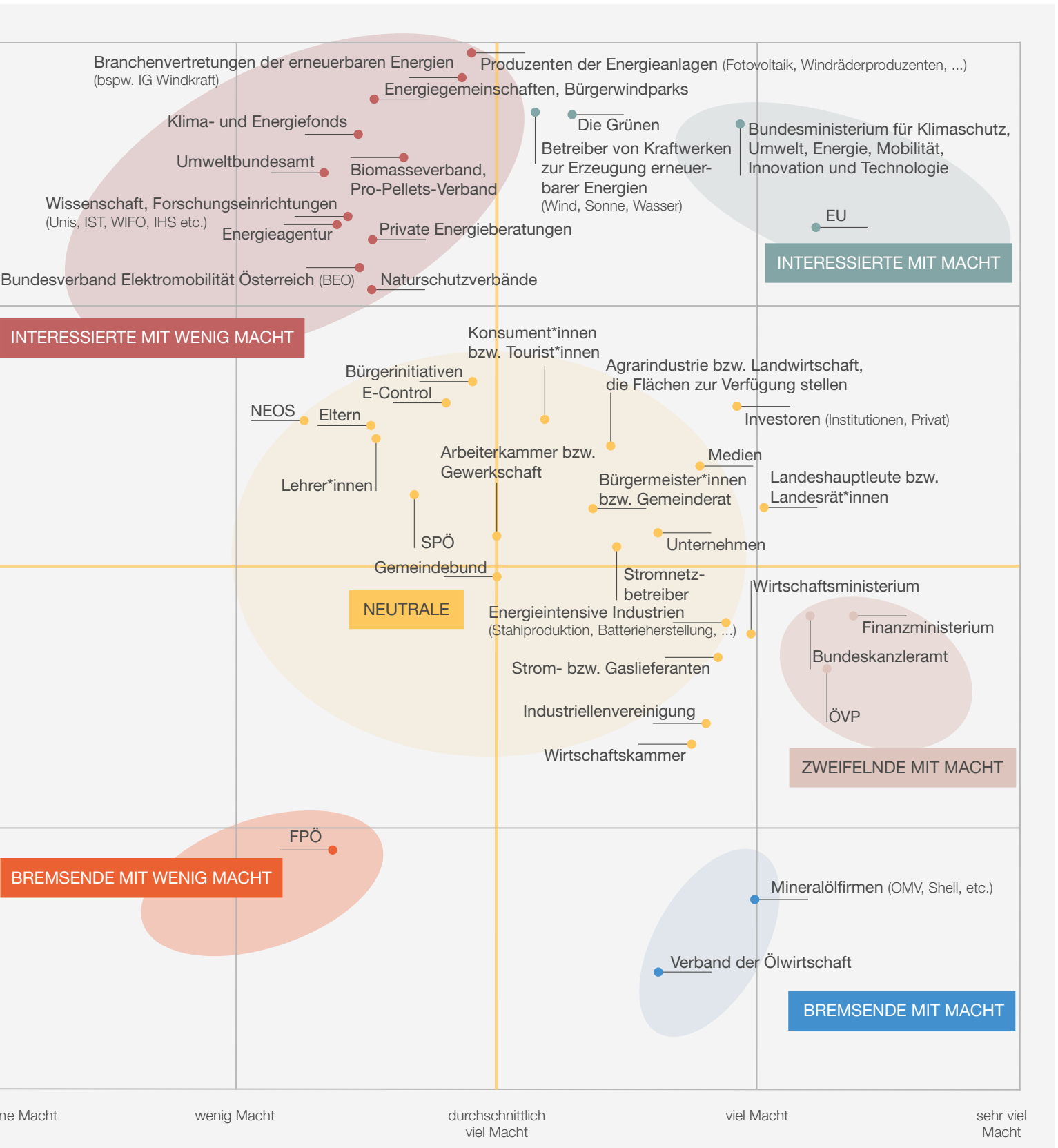
unentschlossen

großes  
Interesse  
am Status quo

sehr großes  
Interesse  
am Status quo

kei





**Erklärung:** Das Koordinatensystem stellt die durchschnittlichen Antworten der Expert\*innen (Mittelwerte pro Akteur\*in) zu Interesse (y-Achse) und Macht (x-Achse) bezogen auf die Förderung von erneuerbaren Energien dar. Beispielsweise zeigt die Grafik, dass der Verband der Ölwirtschaft großes Interesse am Status quo hat, also die Förderung erneuerbarer Energien eher vermeiden will und gleichzeitig auch großen Einfluss auf das Thema hat. Er zählt damit zu den Bremsenden mit Macht.

Wieder zeigen die Ergebnisse (siehe Abbildung), dass nach Einschätzung der Expert\*innen staatliche Akteur\*innen wie die **EU** und das **BMK** zu den Interessierten mit Macht gehören. Privatwirtschaftliche Akteur\*innen wie die **Mineralölfirmen** gehören zu den Bremsenden mit Macht, während staatliche Akteur\*innen wie das **BMF** zu den Zweifelnden mit Macht zählen. Akteur\*innen der staatlichen Ebene und der Vereins- und Verbandsebene wie **Energiegemeinschaften** sowie das **Umweltbundesamt** werden als Interessierte mit wenig Macht und die **FPÖ** als Bremsende mit wenig Macht identifiziert. Zu den Neutralen gehören der **Gemeindebund** oder auch die **Arbeiterkammer** bzw. die **Gewerkschaft**.

Insgesamt nannten die Expert\*innen **409 Handlungsempfehlungen**, um die vermehrte Produktion erneuerbarer Energie zu unterstützen. Wiederum gibt es am meisten Empfehlungen für die **Zweifelnden mit Macht**, nämlich das **BMF** (60 Prozent der Expert\*innen): Erhöhung der Fördermittel für erneuerbare Energiequellen und ökosoziale Steuerreform. Für **Bremsende mit Macht**, die **Mineralölfirmen** (12 Prozent der Expert\*innen), wurden Empfehlungen geäußert, welche sich auf eine notwendige Dekarbonisierung und auf das Erkennen neuer Geschäftsmodelle beziehen. Auch für die **Neutralen mit Macht**, die **Landeshauptleute/-rät\*innen** gibt es erneut viele Nennungen (37 Prozent der Expert\*innen), welche besonders die Anpassung der Ländergesetze zur Raum- und Bauordnung und Förderungen für Konsument\*innen/Produzent\*innen betrafen. Für die **Medien** geben 28 Prozent der Expert\*innen Empfehlungen ab, welche vor allem das Forcieren von positiver Berichterstattung und Bewusstseinsbildung betreffen.

Die zweitmeisten Nennungen kamen zu den **Interessierten mit Macht**, insbesondere der **EU** (53 Prozent der Expert\*innen) und beziehen sich auf finanzielle (z. B. Förderprogramme auf EU-Ebene) und rechtliche Maßnah-

men (z. B. einheitliche rechtliche Vorgaben zum Ausstieg aus fossiler Energie). Auch für das **BMK** (46 Prozent der Expert\*innen) gab es viele Handlungsempfehlungen, die hauptsächlich das Schaffen von technischen/rechtlichen Voraussetzungen sowie von Anreiz- und Förder-systemen umfassen.

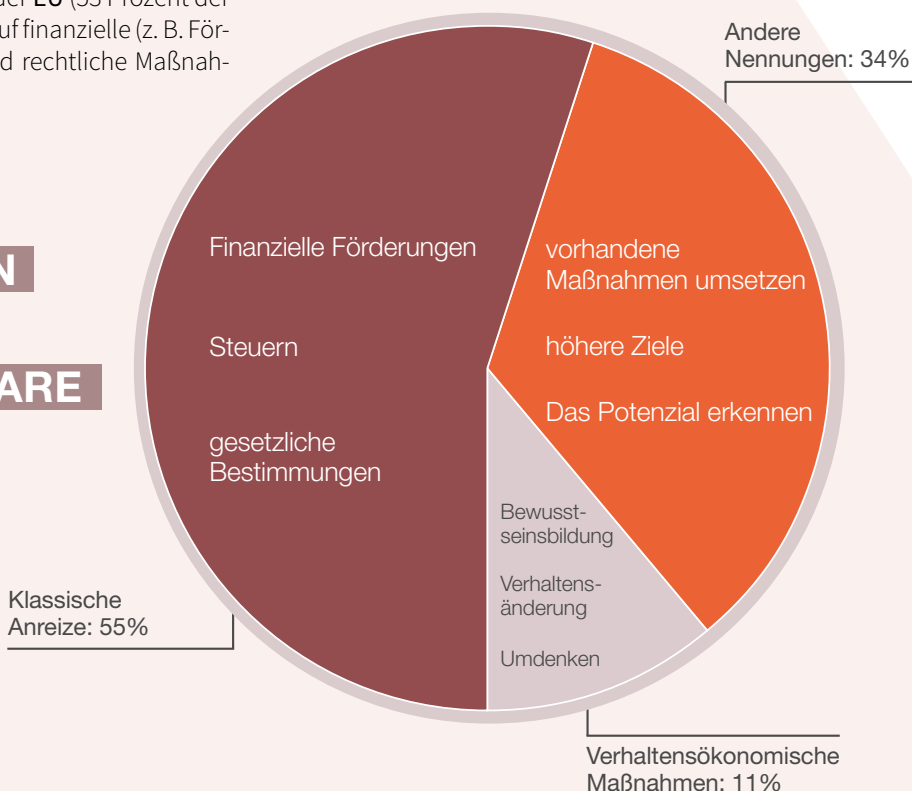
Weniger Expert\*innen nannten Empfehlungen zu den **Interessierten mit wenig Macht**. Die meisten Nennungen gab es zu **Wissenschaft und Forschungseinrichtungen** (7 Prozent der Expert\*innen), welche sich hauptsächlich auf mehr Fördergelder für Forschung und eine einfache und konkrete Wissenschaftskommunikation beziehen.

Zu den **Bremsenden mit Macht** gab es nur Nennungen zu **Mineralölfirmen** (12 Prozent der Expert\*innen), welche den Umstieg auf andere Geschäftsfelder und ein ernsthaftes Bekenntnis zur Klimaneutralität umfassen. Zu den **Bremsenden mit wenig Macht**, insbesondere der **FPÖ**, gab es keine Nennungen.

Auch zu den **Neutralen** gab es nur vereinzelt Nennungen – am meisten jedoch für die **Bürgermeister\*innen** bzw. den **Gemeinderat** (16 Prozent der Expert\*innen): Proaktives Unterstützen der Energiewende sowie lokale Vorbildwirkung, sowie für **Unternehmen** (10 Prozent der Expert\*innen): zukunftsorientierte Investitionspolitik (z. B. Energieeffizienz erhöhen).

Wie in der Abbildung dargestellt, betrafen die Handlungsempfehlungen wieder vor allem **klassische Anreize (55 Prozent)**, nur selten **verhaltensökonomische Maßnahmen (11 Prozent)**, sowie **andere Nennungen (34 Prozent)**, welche zu unspezifisch waren, um eine Zuordnung zu erlauben.

## EMPFEHLUNGEN ZUM UMSTIEG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN

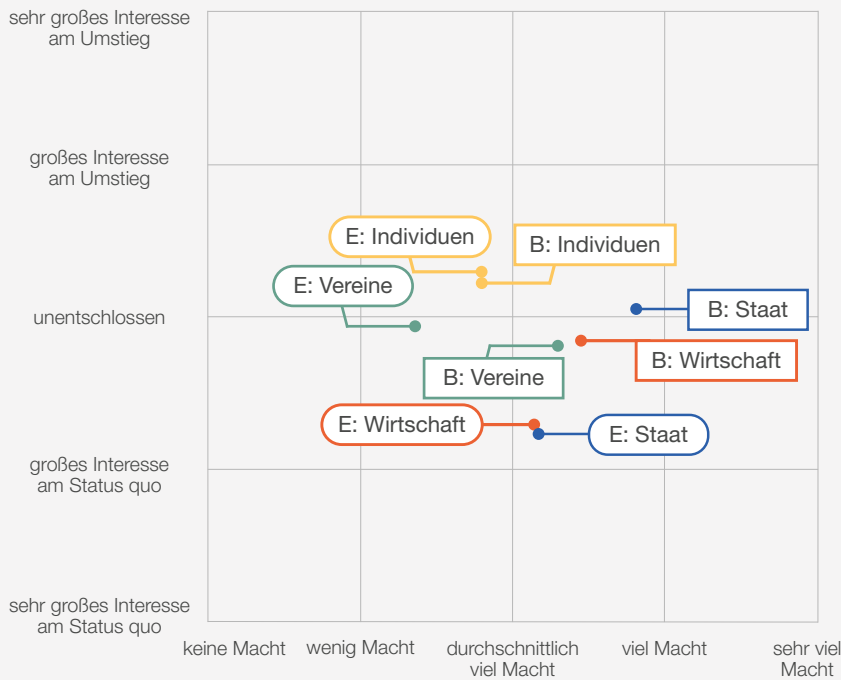


Öffentlicher Verkehr

Stichprobe	Ebene	Interesse	Macht
Expert*innen	Staat	2,32	3,18
Expert*innen	Wirtschaft	2,38	3,16
Expert*innen	Vereine	2,89	2,44
Expert*innen	Individuen	3,29	2,78
Bevölkerung	Staat	3,09	3,84
Bevölkerung	Wirtschaft	2,90	3,54
Bevölkerung	Vereine	2,86	3,4
Bevölkerung	Individuen	3,25	2,78

**Skala Interesse:** 5 = sehr großes Interesse an mehr erneuerbarer Energie/am Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, 4 = großes Interesse an mehr erneuerbarer Energie/am Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, 3 = unentschlossen, 2 = großes Interesse den Status quo aufrechtzuerhalten, 1 = sehr großes Interesse den Status quo aufrechtzuerhalten

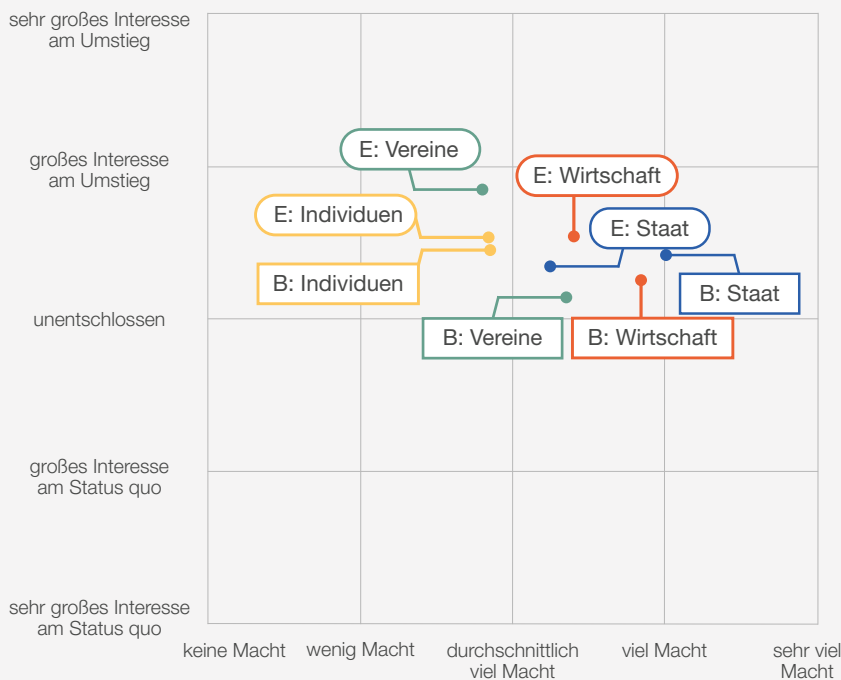
**Skala Macht:** 5 = sehr viel Macht, 4 = viel Macht, 3 = durchschnittlich viel Macht, 2 = wenig Macht, 1 = keine Macht



Erneuerbare Energien

Stichprobe	Ebene	Interesse	Macht
Expert*innen	Staat	3,42	3,29
Expert*innen	Wirtschaft	3,59	3,45
Expert*innen	Vereine	3,8	2,75
Expert*innen	Individuen	3,57	2,78
Bevölkerung	Staat	3,46	4,03
Bevölkerung	Wirtschaft	3,31	3,79
Bevölkerung	Vereine	3,17	3,42
Bevölkerung	Individuen	3,51	2,79

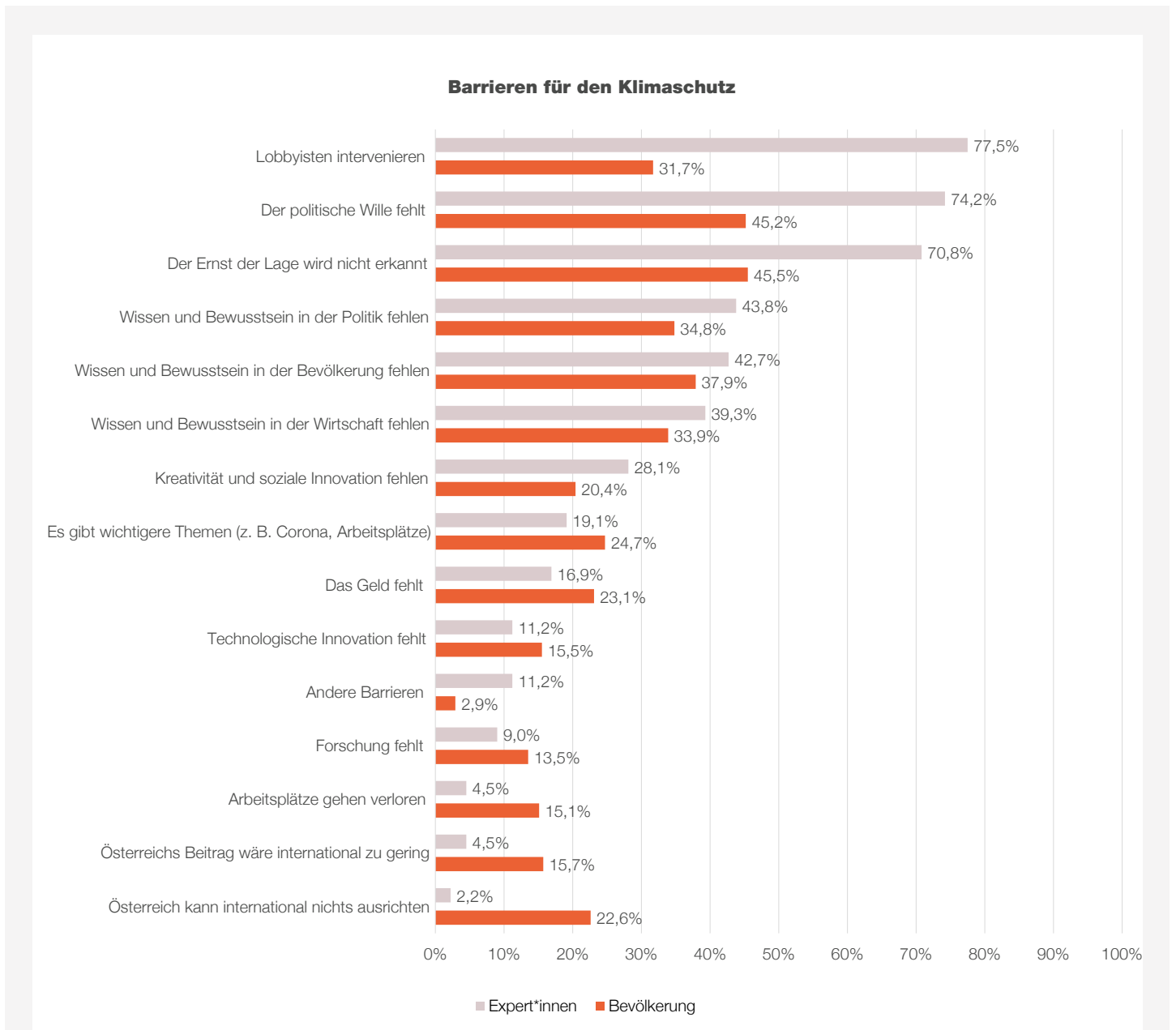
**Erklärung:** Die Einschätzung der Expert\*innen (E) und der Bevölkerung (B) wird auf aggregierter Ebene miteinander verglichen (Staat = blau, Wirtschaft = rot, Vereine = grün, Individuen = gelb). Für die Expert\*innen wurde dafür der Mittelwert aller Akteur\*innen auf einer Ebene gebildet. Für die Bevölkerung wurden Macht und Interesse nur auf aggregierter Ebene abgefragt.



Um den Klimawandel effektiv anzugehen, wird nicht nur eine fundierte Analyse und Einschätzung von Expert\*innen benötigt, sondern auch die Unterstützung der Bevölkerung, die am Ende die Maßnahmen mittragen muss. Die Ergebnisse aus der Abbildung zeigen, dass in der Bevölkerung insgesamt kein sehr großes Interesse am Umstieg vermutet wird, wobei beim Thema erneuerbare

Energien bei allen Akteur\*innen mehr Interesse am Umstieg gesehen wird als beim Thema öffentlicher Verkehr. Zudem zeigt sich, dass Expert\*innen der Wirtschaft sehr viel Macht zuschreiben, während die Bevölkerung der Meinung ist, dass der Staat der mächtigste Akteur ist. Auf Seiten der Individuen wird keine Macht und damit einhergehend eventuell auch keine Verantwortung gesehen.

## WARUM GEHT ES AUS SICHT DER EXPERT\*INNEN UND DER BEVÖLKERUNG NUR SCHLEPPEND VORAN?



**Erklärung:** Die Prozentzahlen geben an, wie viele Personen die jeweilige Barriere als relevant ausgewählt haben (Mehrfachauswahl war möglich).

Bei vielen Barrieren stimmen die Einschätzungen der Expert\*innen mit denen der Bevölkerung überein. Allerdings nehmen die Expert\*innen eine deutliche Priorisierung der Barrieren vor, während die Bevölkerung weniger stark zwischen den Barrieren unterscheidet. Die wichtigsten Barrieren für Expert\*innen und Bevölkerung sind der fehlende **politische Wille** und dass der **Ernst der Lage** nicht

erkannt wird. Expert\*innen meinen, dass intervenierende **Lobbyisten** die wichtigste Barriere sind, während die Bevölkerung glaubt, dass auch **Wissen und Bewusstsein** in der Politik fehlen. Interessant ist, dass vor allem die Bevölkerung – nicht aber die Expert\*innen – glaubt, dass Österreich international nichts ausrichten kann; außerdem wird der Verlust von Arbeitsplätzen befürchtet.

## IMPLIKATIONEN

Im Folgenden werden die wichtigsten Resultate der Studie zusammengefasst, interpretiert und mögliche Lösungsansätze vorgeschlagen.

**Dringlichkeit wird nicht gesehen.** Aus der Stakeholder-Analyse ergibt sich eine Klimawandel-Landkarte, die zeigt, dass zwischen den politischen Parteien und auch in der Bevölkerung kein einheitliches Interesse an Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels vorherrscht. Generell wird bei den meisten Akteur\*innen kein großes Interesse an einer Veränderung vermutet und die Bevölkerung sieht überhaupt nur den Staat als mächtig genug an, etwas zu verändern – Selbstverantwortung wird wenig gesehen. Besonders hinderlich ist, dass auch die mächtigsten Akteur\*innen in Österreich (z. B. das BMF) – aus Sicht der Expert\*innen – noch kein starkes Interesse daran haben, bei Mobilität und erneuerbaren Energien Veränderung herbeizuführen. Hier decken die Daten einen interessanten Widerspruch auf. Während Expert\*innen und Bevölkerung angeben, dass politischer Wille und Wissen fehlen sowie Lobbyisten intervenieren, adressieren die Handlungsempfehlungen der Expert\*innen diesen Aspekt fast gar nicht. Die Mehrheit der Empfehlungen betrifft klassische Interventionen (wie die CO<sub>2</sub>-Steuer), die unter anderem von den Zweifelnden umgesetzt werden müssten, und nur ein Bruchteil betrifft verhaltenswissenschaftliche Ansätze – bei denen es darum geht, Einstellungen und Verhalten zu verstehen und zu ändern. Eventuell fehlt es an Wissen über konkrete Ansatzpunkte, wie Einstellungen und/oder Verhalten etwa mit verhaltensökonomischen Instrumenten und durch Überzeugungsarbeit verändert werden können (OECD, 2017). So oder so: nur wenn die mächtigen Akteur\*innen von der Dringlichkeit überzeugt sind, werden sie auch handeln.

**Klimawandel als Wertekonflikt.** Die Interessierten mit Macht (EU, BMK, ÖBB) müssen also nicht nur konkrete Maßnahmen umsetzen, sondern auch daran arbeiten, die Zweifelnden mit Macht zu überzeugen. Wie die Empfehlungen der Expert\*innen zeigen, gibt es vielfältige Lösungsansätze, nur fehlt es eben an der Umsetzung – vermutlich, weil breite Bevölkerungsschichten und vor allem mächtige Akteur\*innen noch nicht überzeugt sind und beispielsweise negative Auswirkungen für Wirtschaft oder Arbeitsplätze befürchten. Viel mehr noch, das Thema scheint die Parteien und damit auch die Bevölkerung zu spalten: die mächtigsten Instanzen sind auf der Klimawandel-Landkarte einem politischen Lager zuzurechnen (BMF, BKA, BMDW, ÖVP), während

die am meisten interessierten Akteur\*innen aus einem anderen politischen Spektrum (BMK, Die Grünen) stammen (interessanterweise finden sich beide derzeit gemeinsam in einer Bundesregierung). Das Klimawandel-Thema ist somit aktuell ein Wertekonflikt, bei dem es um Weltanschauungen und ideologische Zugehörigkeit geht.

**Fakten, um Zusammenarbeit zu inspirieren.** Ein Lösungsansatz wäre, Werte, Ideologien und Emotionen aus der Debatte zu nehmen und – auf Basis nüchterner, neutraler faktenbasierter Diskussion – überparteiliche Ziele zu erarbeiten. Aktuell fehlen scheinbar mächtige, neutrale, evidenzorientierte Moderator\*innen, die die verschiedenen Lager vereinen könnten. Diese Aufgabe könnten zum einen die überraschend mächtigen, aber neutralen Länder und die Medien übernehmen. Sie könnten die Maßnahmen zum Klimawandel entideologisieren und faktenbasiert und verbindend aufsetzen. Zum anderen könnten dafür, der Stakeholder-Theorie folgend, die Interessierten mit wenig Macht (z. B. die Wissenschaft) genutzt werden, die Diskussion um den Klimawandel zu moderieren, indem ihre Vernetzung und damit Macht gesteigert wird. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, verhaltenswissenschaftlich und evidenzbasiert vorzugehen, d. h., gezielt die Ursachen des Zweifels am Klimawandel zu analysieren und Fakten zum Klimawandel und seinen Auswirkungen klar herauszuarbeiten. Die Hypothese, dass faktenbasierte Kommunikation Zweifelnde eher überzeugt als emotionale Kommunikation, könnte beispielsweise sehr gut in Experimenten überprüft werden.

**Zuerst die leichten Themen angehen.** Sowohl die Bevölkerung als auch die Expert\*innen sind der Meinung, dass die Wirtschaft bzw. Unternehmen durchaus Interesse am Umstieg auf erneuerbare Energien haben. Das bedeutet, dass die Klimawandel-Landkarte auch einen wirtschaftspolitischen Auftrag enthält und die mächtigen, aber zweifelnden Akteur\*innen (BMF, BMDW, WKÖ), die einen starken wirtschaftsorientierten Zugang pflegen, über das Argument des allgemeinen Interesses überzeugt werden können, erneuerbare Energien noch stärker zu fördern.

**Verhaltensbarrieren behindern Fortschritt.** Insgesamt geht es vor allem darum, die wichtigsten Barrieren abzubauen: fehlendes Bewusstsein, Wissen und Interesse. Auch die fehlende Selbstverantwortung ist ein Problem – in der Bevölkerung wird die Verantwor-

tung beim Staat und nicht beim Individuum gesehen. Gleichzeitig würden wohl strenge Maßnahmen, die mit individuellen Kosten verbunden sind, eher abgelehnt werden, was wiederum die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt. Ein wichtiges Hindernis ist also auch, dass die einzelnen Bürger\*innen ihre Macht nicht sehen – weder ihre Macht als Konsument\*innen noch als Wähler\*innen. Diese Barrieren sind von psychologischen Faktoren getrieben und können nur zum Teil mit klassischen Politikinstrumenten gelöst werden. So können beispielsweise der Status-quo-Bias und zeitinkonsistente Präferenzen dazu führen, dass aktuelle Bedürfnisse stärker gewichtet werden als die eigenen Bedürfnisse in der Zukunft. Genauso kann die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe mit bestimmten Werthaltungen dazu führen, dass Argumente, die aus anderen sozialen Gruppen kommen, automatisch abgewertet werden. Wichtig wäre es daher, auch mit neuen verhaltensökonomischen Ansätzen zu arbeiten und das ganze Spektrum der wirksamen Gestaltungsinstrumente auszunutzen. Verhaltensökonomisch wirksame Maßnahmen können einen sanften und politisch weniger aufgeladenen Einstieg in den Umstieg zu einer klimaschonenden Gesellschaft liefern.

**Verhaltensökonomische Ansätze.** Auf der Stakeholder-Analyse und der daraus entstandenen Klimawandel-Landkarte kann der eingangs beschriebene verhaltensökonomische Ansatz aufbauen. Für die Interessierten mit Macht und jene, die das Thema voranbringen wollen, können Empfehlungen gegeben werden, wie das Thema Klimawandel effektiver und vor allem zielgruppenspezifisch kommuniziert werden kann.



**Motiv- und Ursachenanalyse** in den durch die Stakeholder-Analyse identifizierten Zielgruppen, die wichtig für den Klimawandel sind. Wie ist die Perspektive beispielsweise der Zweifelnden oder der Neutralen auf das Thema? Welche Klimawandelfolgen werden als besonders relevant eingeschätzt? Wird wirklich **keine Dringlichkeit gesehen** und wenn ja, warum nicht? Regelmäßige Befragungen bei Akteur\*innen, Expert\*innen und der Bevölkerung können jene Themen identifizieren, bei denen Einigkeit herrscht und für die es Rückhalt für klassische Maßnahmen gibt, die durch eine verhaltensökonomisch validierte Entscheidungsarchitektur in der Umsetzung unterstützt werden können.



**Maßnahmenentwicklung** auf Basis der Ursachenanalyse: Ist die **Faktenlage zu komplex und unübersichtlich**, dann können die wichtigsten Fakten durch die EAST-Technik (BIT, 2015) vereinfacht dargestellt werden. Das bedeutet, dass die Informationen einfach (easy), die nötigen Verhaltensweisen attraktiv (attractive) und sozial erwünscht (social) sowie sofort nützlich umsetzbar und zum relevanten Zeitpunkt (timely) dargestellt werden. **Fehlt die persönliche Betroffenheit**, dann könnte diese in der Kommunikation hergestellt werden: In einem Experiment (Spence & Pidgeon, 2010) konnte gezeigt werden, dass Berichte von Umweltkatastrophen aus einer nahen Stadt (z. B. Graz) zu einer höheren Bewertung der Dringlichkeit des Klimawandels führten als aus einer weit entfernten Stadt (z. B. New York). Andere Maßnahmen wären beispielsweise Marketingkampagnen mit Bildern von heimischen Landschaften, wie sie in zehn Jahren aussehen werden, wenn nichts geschieht oder Berichte von Kindern, die Empathie für zukünftige Generationen erzeugen (Araña & León, 2016). **Geht das Thema im Tagesgeschäft unter?** Dann könnte bei Zeitschriften die Einführung einer eigenen Rubrik „Klimawandel-News“ (wie Corona-News) helfen, konstante Aufmerksamkeit zu generieren. Auch kann es sinnvoll sein, bei öffentlichen Ausschreibungen Klimaauswirkungen noch stärker ins Zentrum zu rücken, sodass beispielsweise angegeben werden muss, welche positiven oder negativen Auswirkungen ein Projekt auf das Klima haben könnte. Schließlich könnte bei bestimmten Alltagsentscheidungen auch ein Default (Voreinstellung) gesetzt werden und beispielsweise wie in der Schweiz beim Stromanbieter automatisch ein „OK“ beim Bezug von erneuerbaren Energien eingestellt sein, das aber aktiv weggeklickt werden kann (Mader, 2021).



**Evaluation:** Die gesetzten Maßnahmen werden im Rahmen von Feldexperimenten auf ihren kausalen Effekt hin überprüft, um zu gewährleisten, dass die Maßnahmen auch wirklich effektiv sind und die gewünschte Wirkung zeigen.

## Referenzen

- Araña, J. E. & León, C. J. (2016). Are tourists animal spirits? Evidence from a field experiment exploring the use of non-market based interventions advocating sustainable tourism. *Journal of Sustainable Tourism*, 24(3), 430–445.
- BMK (2020). Gute Luft durch Coronakrise, aber keine Entspannung der Klimakrise. Abgerufen 02. Juni 2021 von <https://infothek.bmk.gv.at/coronavirus-klimakrise-wettervorhersagen-umweltbundesamt/>
- BIT (2015). EAST – 4 simple ways to apply behavioural insights. Abgerufen 10. Juni 2021 von [https://www.behaviouralinsights.co.uk/wp-content/uploads/2015/07/BIT-Publication-EAST\\_FA\\_WEB.pdf](https://www.behaviouralinsights.co.uk/wp-content/uploads/2015/07/BIT-Publication-EAST_FA_WEB.pdf)
- Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., & Kügler, A. (2020). Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Home-Office-Potential. *WIFO Monatsberichte*, 93(7), 527–538.
- Borger, S., & Meier A. (2021). Das sind die wichtigsten Ergebnisse des G7-Gipfels in Cornwall. Abgerufen 16. Juni 2021 von <https://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-impfstoff-knappheit-china-politik-das-sind-die-wichtigsten-ergebnisse-des-g7-gipfels-in-cornwall/27283232.html>
- Bryson, J. M. (2004). What to do when stakeholders matter: Stakeholder identification and analysis techniques. *Public Management Review*, 6(1), 21–53.
- IPCC (2014). Climate Change 2014: Impacts, adaptation, and vulnerability. Part B: Regional aspects. Contribution of working group II to the fifth assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Barros, V. R., C. B. Field, D. J. Dokken, M. D. Mastrandrea, K. J. Mach, T. E. Bilir, M. Chatterjee, K. L. Ebi, Y. O. Estrada, R. C. Genova, B. Girma, E. S. Kissel, A. N. Levy, S. MacCracken, P. R. Mastrandrea, and L. L. White (eds.)]. Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA: Cambridge University Press.
- Haas, W., Moshhammer, H., Muttarak, R., & Koland, O. (2019). Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel – Zusammenfassung für Entscheidungstragende und Synthese (ASR18). Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Mader, B. (2021). 1.8 Millionen Schweizer Haushalte entscheiden sich bewusst für erneuerbaren Strom. Abgerufen 10. Juni 2021 von <https://energeiaplus.com/2021/03/23/1-8-millionen-schweizer-haushalte-entscheiden-sich-bewusst-fuer-erneuerbaren-strom/>
- Mora, C., Spirandelli, D., Franklin, E. C., Lynham, J., Kantar, M. B., Miles, W., ... & Hunter, C. L. (2018). Broad threat to humanity from cumulative climate hazards intensified by greenhouse gas emissions. *Nature Climate Change*, 8(12), 1062–1071.
- Reed, M. S., Graves, A., Dandy, N., Posthumus, H., Hubacek, K., Morris, J., ... & Stringer, L. C. (2009). Who's in and why? A typology of stakeholder analysis methods for natural resource management. *Journal of Environmental Management*, 90(5), 1933–1949.
- OECD (2017). Tackling environmental problems with the help of behavioural insights, *OECD Publishing, Paris*.
- Ogden, J., & Hills, L. (2008). Understanding sustained behavior change: The role of life crises and the process of reinvention. *Health*, 12(4), 419–437.
- ORF (2020). Ökosystem der Lagune von Venedig sichtbar. Abgerufen 04. Juni 2021 von <https://science.orf.at/stories/3200642/>
- Spence, A., & Pidgeon, N. (2010). Framing and communicating climate change: The effects of distance and outcome frame manipulations. *Global Environmental Change*, 20(4), 656–667.
- Steininger, K. W., Bednar-Friedl, B., Knittel, N., Kirchengast, G., Nabernegg, S., Williges, K., ... & Kenner, L. (2020). Klimapolitik in Österreich: Innovationschance Coronakrise und die Kosten des Nicht-Handelns. Graz: Wegener Center Verlag.
- Zambrano-Monserrate, M. A., Ruano, M. A., & Sanchez-Alcalde, L. (2020). Indirect effects of COVID-19 on the environment. *Science of the Total Environment*, 728, 138813.
- ZAMG (2021). Österreichisches Klimabulletin Jahr 2020. Abgerufen 02. Juni 2021 von [https://www.zamg.ac.at/cms/de/dokumente/klima/dok\\_news/2021/oesterreichisches-klimabulletin-2020](https://www.zamg.ac.at/cms/de/dokumente/klima/dok_news/2021/oesterreichisches-klimabulletin-2020)



**KARMASIN**  
RESEARCH & IDENTITY

**KARMASIN RESEARCH & IDENTITY**

**Dr. Sophie Karmasin**

Goldschmiedgasse 10

1010 Wien

s.karmasin@karmasin.at

www.karmasin-research.at



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna

**Insight Austria**

**Forschungsgruppe Verhaltensökonomie**

**Institut für Höhere Studien**

Josefstädter Straße 39

1080 Wien

<https://insight-austria.ihs.ac.at>

